

Antworten der SPD

WAHLPRÜFSTEINE Hessischer Philologenverband (HPhV) 2023

Attraktivität des Lehrberufs heute und in Zukunft

- 1) Wie stehen Sie zum Beamtenstatus für Lehrkräfte?
Der Beamtenstatus soll beibehalten werden.
- 2) Welchen Zeitplan haben Sie für die **Umsetzung des Gerichtsurteils** für die verfassungsmäßige Besoldung der Lehrkräfte?
Die von der schwarzgrünen Landesregierung geschaffene verfassungswidrige Besoldung der Beamtinnen und Beamte wird durch den nun verabschiedeten Gesetzentwurf nicht beendet, die Rechtsgrundlagen entsprechen auch weiterhin nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen, auf die der VGH Kassel in seiner Entscheidung vom 30.11.2021 verweist. Die verfassungswidrige Besoldung der letzten Jahre wird von der Landesregierung auch weiterhin ignoriert, für die kommenden beiden Jahre findet mit jeweils 3 Prozent die Inflationsentwicklung nicht ausreichend Berücksichtigung. Auch wir als SPD werden diese von der Landesregierung über Jahre herbeigeführte Ungerechtigkeit nicht in einem Haushaltsjahr korrigieren können. Eine zeitnahe Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Besoldung der hessischen Beamtinnen und Beamte wird aber priorisiert.
- 3) Wie wollen Sie zukünftig sicherstellen, dass die Lehrkräfte nicht erneut von der allgemeinen Lohnentwicklung abgehängt werden?
Wir fordern wiederkehrend die Übertragung der Tarifergebnisse auf die hessischen Beamtinnen und Beamte. Wir halten es für falsch, dass die schwarzgrüne Koalition in der Vergangenheit wiederholt Einkommenssteigerungen im Tarifbereich nicht vollständig auf die Besoldungsentwicklung der Beamtinnen und Beamte angepasst hat.
- 4) In welchem Umfang gedenken Sie die Weiterentwicklung des Lebensarbeitszeitkontos voranzutreiben (Flexibilisierung)?
Ideen zur Flexibilisierung der Lebensarbeitszeitkonten sollen gemeinsam mit den Gewerkschaften im Sinne der Beamtinnen und Beamte fortentwickelt werden.
- 5) Beabsichtigen Sie zur Attraktivitätssteigerung, falls Pensionäre über die gesetzliche Altersgrenze hinaus als Lehrkräfte zur Verfügung stehen, diese entsprechend der im Beamtenstatus erworbenen Erfahrungsstufe weiterzubezahlen?
Was spricht dagegen? Angesichts des Lehrermangels wäre es toll, wir könnten noch mehr Pensionäre gewinnen, die (teilzeit) weiterarbeiten.
- 6) Wie beabsichtigen Sie eine vollakademische Ausbildung und vollakademische Abschlüsse in der Besoldungsstruktur differenzierend abzubilden?
Wir beabsichtigen dies nicht differenziert abzubilden.

Antworten der SPD

Schulische Bedingungen

- 1) Wie stehen Sie zur Vielgliedrigkeit des Schulsystems?
Schulen müssen der Vielfalt der jungen Leuten gerecht werden. Homogene Lerngruppen gibt so gut wie nicht. Deshalb wollen wir alle Schulen darin stärken, mit Vielfalt und unterschiedlichen Lernvoraussetzungen umzugehen. Dies muss sich auch in der Lehrkräftezuweisung abbilden. Grundsätzliche Eingriffe in die Schulstruktur sind nicht geplant. Wir unterstützen aber Schulentwicklung hin zum inklusiven Arbeiten.
- 2) Wie werden Sie sicherstellen, dass die Grundschulen zukünftig wieder die grundlegenden schulischen Kulturtechniken verbindlich vermitteln?
 1. Aufwertung der Lehrkräfteausbildung L1. Wir fordern seit langem eine Verlängerung des Studiums, um Lehrkräfte zeitgemäß auf schulische Herausforderungen vorzubereiten. Dazu gehört auch Deutsch als Zweit- und Fremdsprache für alle Lehrkräfte im Studium anzubieten.
 2. Ausbau von Ganztagschulen. Durch den Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung ab 2026 wird eine bessere Förderung von Grundschulkindern ermöglicht. Ganztag bietet mit acht Stunden an fünf Tagen mehr Zeit für gemeinsames Lernen, für ein soziales Miteinander, für zusätzliche Förderung, für die Vermittlung der klassischen Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen, aber auch für Projekte die über den Unterrichtsstoff hinausgehen. Ganztag bedeutet auch mehr Zeit für Erholung und Bewegung, für Kulturtechniken wie Schwimmen, Singen, Malen, Musizieren und für das Erwerben von Medienkompetenz.
 3. Prüfung der Erweiterung der Wochenpflichtstunden. Kaum ein anderes Bundesland weist den Grundschulen so wenige Stunden zu wie Hessen. Während die Wochenpflichtstundenzahl für die hessischen Grundschülerinnen und Grundschüler - bis zur Einführung der zusätzlichen Deutschstunde - bei 92 (Jg.1-4) lag, liegt die Wochenpflichtstundenzahl bsp. in Hamburg bei 108, in Bayern bei 104, in Baden-Württemberg und im Saarland bei 102.
 4. Ausbau des digital gestützten Unterrichts in der Grundschule. Mit digitalen Medien kann das Lernen (in Präsenz) verbessert und abwechslungsreicher gestaltet, Diagnostik erleichtert und individueller gefördert werden.
- 3) Wie wollen Sie gewährleisten, dass Eignung und Leistung für den Besuch des Gymnasiums wieder ausschlaggebend werden?
Wir bekennen uns zum Elternwahlrecht. Essentiell ist für uns die frühzeitige Beratung von Eltern auf der Basis von Kompetenzbeschreibungen statt einzig und allein nach Noten.
- 4) Wann werden Sie die Schul-, Schulleitungs- und Leitungsdeputate an die enorm gestiegenen und häufig durch Verordnungen und Erlasse verursachten Belastungen angleichen?
Wir sehen die hohe Arbeitsbelastung von Lehrkräften und die Notwendigkeit zu handeln. Das Thema „Gute Arbeit an Schulen“ war ein Schwerpunkt unserer Arbeit im Landtag in dieser Legislaturperiode. Wir haben u.a. eine Studie zu Arbeitszeit und Arbeitsbelastung gefordert, die wir in Regierungsverantwortung schnellstmöglich in Auftrag geben werden.

Antworten der SPD

- 5) Welche Pläne haben Sie zur Verbesserung der räumlichen und sächlichen Ausstattung an Schulen?

Auch bezogen auf die Ausstattung der Schulen sehen wir zunächst die Notwendigkeit, Bedarfe zu erheben, um passgenau, effektiv und nachhaltig zu planen. Uns ist wichtig, gezielte Investitionsprogramme auf einer optimalen Datenbasis aufzulegen anstatt immer nur auf die Zuständigkeit der Schulträger zu verweisen. Um gute Bildung und gleiche Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern zu gewährleisten, müssen Land und Schulträger eng, konstruktiv und verlässlich zusammenarbeiten.

- 6) Welche Entlastungsbedarfe sehen Sie für Lehrkräfte?

- 7) Welche Pläne verfolgen Sie in Bezug auf die Aufstockung der Stellen für Assistenzen und Zusatzkräfte für die vielen zusätzlichen pädagogischen Aufgaben in der Schule? Die Fragen 6 und 7 werden zusammen beantwortet.

Wir dürfen die Überlastung wie auch Gewalterfahrungen von Lehrkräften nicht ignorieren. Eine unserer langjährigen Forderungen ist die Einrichtung eines Instituts für Lehrkräftegesundheit analog zu unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz, um eine gute arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung aller Beschäftigten im Schuldienst sicherzustellen.

Eine weitere Verbesserung bzw. Entlastung versprechen wir uns vom Ausbau der Sozialarbeit an Schulen und von multiprofessionellen Teams. Da die dafür nötigen pädagogischen Fachkräfte rar sind, müssen wir stärker als dies bisher der Fall ist, in die Aus- und Fortbildung investieren. Auch gilt es die Schulen besser mit Verwaltungs- und IT-Kräften für den Support auszustatten.

- 8) Wann planen Sie, verlässlich an allen Schulen Verwaltungskräfte zu etablieren?

Schulverwaltung ist eine gemeinsame Aufgabe von Land und kommunalen Schulträgern. Die CDU-geführten Landesregierungen haben sich jahrelang hartnäckig geweigert, Verantwortung zu übernehmen und sich an der über Lehrerstellen hinausgehenden personellen Ausstattung der Schulen zu beteiligen.

Die Finanzierung von zusätzlichen Verwaltungsressourcen ist erst 2018 durch ein Pilotprojekt in zwei Kreisen in Gang gekommen. Wir verfolgen das Ziel einer flächendeckenden Etablierung von Verwaltungskräften an Schulen und haben dies in den Haushaltsberatungen der letzten Jahre in Anträgen deutlich gemacht. Aussagen zu einem konkreten Zeitrahmen lassen sich nur nach Rücksprache und in Abstimmung mit den Schulträgern treffen.

- 9) Wie sehen Ihre Konzepte in Bezug auf die Ausgestaltung des Ganztages an hessischen Schulen aus?

Grundsätzlich sind wir dafür, Ganztagsplätze für alle Altersstufen in erreichbarer Nähe und für alle Schülerinnen und Schüler zu garantieren. Wir müssen leider feststellen, dass der Lehr- und Fachkräftemangel und die fehlenden baulichen Rahmenbedingungen den Ganztagsausbau in Hessen erheblich verzögern. Damit sich unsere Schulen zu Ganztagschulen (weiter)entwickeln, brauchen wir einen konkreten Ausbauplan, der sich nicht nur quantitativ, sondern sich vor allem qualitativ durch eine neue Rhythmisierung von Unterricht, Freiarbeit und Freizeit während der Schulzeit auszeichnen muss. Dies gelingt für uns am besten in gebundenen und teilgebundene Ganztagschulen unter Beteiligung von Vereinen und weiteren externen Partnern.

Antworten der SPD

Auch für Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Bildung und Betreuung im Grundschulbereich brauchen wir gut qualifiziertes Personal, dass wir nicht ohne eine massive Qualifizierungs- und Fortbildungsoffensive gewinnen werden. Bei der Planung und Sanierung von Schulbauten müssen wir auf vielfältig nutzbare Räume, Lern- und Bewegungslandschaften sowie die wechselseitige Nutzung zentraler Bereiche achten. Ganztage muss als Grund für eine Gestattung gelten, wenn die zuständige Grundschule den Rechtsanspruch nicht erfüllen kann.

Heterogenität und Realität im Schulalltag

- 1) Welche Konzeptionen verfolgen Sie mit Blick auf die Beschulung der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf? (Ausgestaltung der Inklusion, Erhalt der Förderschulen)
Unser Schulsystem steht nicht erst seit der Ratifizierung der UN -Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 vor der großen Aufgabe, auch Kindern und Jugendlichen mit Behinderung den Zugang zu allgemeinen Schulen zu ermöglichen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, müssen wir alle Regelschulen inklusionstauglich machen und sicherstellen, dass alle Lehrkräfte über inklusive Grundkompetenzen verfügen. Wir sind der Ansicht, dass sich alle Schulen an der inklusiven Beschulung beteiligen müssen. Die Beratungs- und Förderzentren mit schulpsychologischem Dienst wollen wir zu Unterstützungsagenturen für alle Schulen weiterentwickeln. Wir gehen davon aus, dass die Anzahl der Förderschulen weiter zurückgehen wird. Inklusion bedeutet nicht, dass alle Schülerinnen und Schüler den Regelabschluss einer Schule erreichen. Lernzieldifferente Inklusion muss am Gymnasium ebenso möglich sein wie an anderen Schulformen.
- 2) Welche zusätzliche Unterstützung ist für die Beschulung von Schülerinnen und Schülern nicht deutscher Herkunftssprache geplant? (z.B. zusätzliche UBUS-Kräfte, sozialpädagogische Betreuung)
Um diese Aufgabe gut zu bewältigen, brauchen wir sowohl zusätzliche UBUS-Kräfte als auch mehr sozialpädagogische Betreuung an den Schulen und in allen Schulformen. UBUS-Kräfte mit Viertelstellen an Beruflichen Schulen sind nutzlos. Was wir brauchen ist ein schulscharfer Sozialindex, der sich an u.a. auch am Anteil der Schülerinnen und Schüler mit nicht-deutscher Familiensprache berechnet und eine Basisqualifikation für alle Lehrkräfte für Deutsch als Zeit- und Fremdsprache.
- 3) Welche Lösungen zum Schutz vor Übergriffen auf Lehrkräfte werden Sie etablieren? Wie kann die Ahndung von physischer und psychischer Gewaltausübung gegen Lehrkräfte verbessert werden?
Wie bereits oben erwähnt, wollen wir ein Institut für Lehrkräftegesundheit einrichten, das auch Maßnahmen zur Prävention der von Gewalt betroffenen Lehrkräfte entwickelt. Wichtig ist, dass wir Hinweise und Vorfälle ernst nehmen und zeitnah reagieren. Auch auf Schulen zugeschnittene Schutzkonzepte und eine Ombudsstelle, an die sich von Gewalt betroffene Lehrkräfte wenden können, die aber auch präventiv, etwa durch Beratung von Lehrkräften und als Lotse bei Problemen tätig wird, können hilfreich sein. Schulische, aber auch außerschulische Projekte zu Gewaltprävention und Resilienzförderung, die von Einrichtungen und Vereinen durchgeführt werden

Antworten der SPD

und soziale Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern fördern, sind ein weiterer Ansatz.

Digitalisierung

- 1) Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler flächendeckend mit den notwendigen digitalen Kompetenzen die Schule verlassen?
Zwölf Schulen ein neues Fach testen zu lassen, klingt zunächst fortschrittlich. Als freiwilliges, noch dazu nicht benotetes und nicht versetzungsrelevantes Angebot hat es allerdings nicht die notwendige Attraktivität und Relevanz für Schülerinnen und Schüler, die es haben könnte. Dafür müsste es weiterentwickelt und an allen Schulen eingeführt werden. Wir wollen deshalb an allen weiterführenden Schulen Arbeitslehre, Medien-/Digitalkompetenz sowie Verbraucher- und Rechtsbildung zu einem (an Gymnasien dann ganz neuen) Fach verankern, das auf Leben und Beruf vorbereitet. Denkbar wäre auch ein fächerübergreifender Rahmenplan „Digitale Kompetenzen“ für alle Schularten, Fächer und Klassenstufen, der Lehrerinnen und Lehrern Möglichkeiten aufzeigt, wie Schülerinnen und Schüler die erforderlichen Kompetenzen erwerben, um sich in der digitalen Welt zurechtzufinden, und der schrittweise in alle Lehrpläne integriert werden kann. Für den Erwerb digitaler Kompetenzen in Schule brauchen wir die digitale Lernmittelfreiheit, mehr Lehrkräftefortbildungen und gezielte Lehrerbildung im Studium. Ohne ein Investitionsprogramm für Schulträger zum Breitbandausbau, W-LAN an allen Schulen und IT-Support werden wir in der digitalen Bildung nicht vorankommen.
- 2) Wie stehen Sie zu einer flächendeckenden Einführung des Faches Informatik in der Sekundarstufe I?
Informatikunterricht sollte (zunächst) weiterhin ein Wahlfach am Gymnasium sein. Aber durch die unter 1. beschriebene Weiterentwicklung und den Ausbau des Fachs „Digitale Welt“ könnten wir die Lust darauf steigern, das Fach anzuwählen.
- 3) Welche Maßnahmen sind im Anschluss an das Auslaufen des Digitalpaktes zum digitalen Ausbau der Schulen Ihrerseits geplant?
Wie unter Frage 1 schon ausgeführt, wollen wir für Hessen auch die digitale Lernmittelfreiheit und Investitionsprogramme für Schulträger.
- 4) Wie stehen Sie zu der Forderung, dass digitale Endgeräte für die Schülerinnen und Schüler in die Lernmittelfreiheit aufgenommen werden?
Wir befürworten dies und haben daher im Rahmen der Novellierung des Hessischen Schulgesetzes einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht. (Drucks. 20/9560)